

**Rede des Vorsitzenden der Fraktion FREIE WÄHLER**  
**Henning Rehse,**  
**zur Verabschiedung des Haushalts 2019**  
**in der Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland**  
**am 08. Oktober 2018**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Frau Vorsitzende Henk-Hollstein,  
sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek,  
sehr geehrte Frau Kämmerin Hötte,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst einmal möchte ich den Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere dem Team um Frau Hötte, Dank sagen. Dank auch an Landesräte für eine hervorragende Unterstützung unserer Fraktion bei der Beratung des Haushalts 2017/2018.

Auch wer schon relativ lange im politischen Geschäft dabei ist, wird mir sicherlich nicht widersprechen, wenn ich sage, dass kaum ein Haushalt so entspannt beraten werden konnte.

Das liegt zum einen sicherlich daran, dass wir es quasi mit einem „Übergangshaushalt“ zu tun haben; die Stunde der Wahrheit wird beim Doppelhaushalt 2020 kommen, wenn wir insbesondere die Auswirkungen des BTHG und damit verbunden unsere neuen Zuständigkeiten einzupreisen haben.

Für diesen Haushalt darf man festhalten: „Alles easy! Die Einnahmen sprudeln, die Kämmerin und ihr Team arbeiten hervorragend wie immer und das vernünftige Verwaltungshandeln verengt die Spielräume für sinnvolle Konsolidierungsanträge aus der Politik gen Null, wobei Konsolidierung ohnehin nicht zu den Kernkompetenzen der Politik zählt.

Erneut hat die Verwaltung mit Ihrem Haushaltsentwurf ein Gesamtwerk aus Entwurf und Veränderungsnachweis vorgelegt, das solide und seriös ist und die kommunalen Gebietskörperschaften gegenüber den Zahlen des Entwurfs ein weiteres Mal entlastet. Wie kommunalfreundlich der Haushalt des LVR ein weiteres Mal ist, belegt die breite Zustimmung aus der kommunalen Familie. Der Haushalt des LVR demonstriert ein weiteres Mal eine solide Zukunftsperspektive und die

erneute Absenkung der Umlage um 0,27%-Punkte auf nunmehr 14,43%-Punkte zeigt eine schon historisch zu nennende Marke der Umlage auf, insbesondere wenn man diesen Wert mit dem unseres Schwesterverbandes LWL in Relation setzt.

Probleme sind nicht sichtbar und auch die GroKo hat uns diese mit ihren Anträgen nicht beschert – sieht man von einem nachgeschobenen „Knaller“ ab, auf den ich später noch eingehen werde.

Eine große Mehrheit birgt nicht immer die Garantie großer Weisheit, wohl aber die Gefahr großer Ausgaben, will sich doch jeder der Großkoalitionäre im Haushalt mit eigenen meistens Kosten treibenden Duftnoten wiederfinden.

Aber – und hier zolle ich der GroKo in diesem Jahr Respekt – hat sie die Kirche eigentlich im Dorf gelassen: Neben kostenwirksamen Anträgen in Summe im einstelligen Millionenbereich sind ihre Anträge wenn auch nicht spektakulär, geben aber bei genauem Hinsehen durchaus Sinn: überschaubare Pilotprojekte, die Evaluierung, Strukturierung, Optimierung und Systematisierung von Prozessen, Projekten und Maßnahmen, was für die Verwaltung teilweise ohnehin tägliches Geschäft ist, wird in verschiedenen Bereichen durchaus Sinn bringend formuliert, immer mit dem Blick auf Effizienzsteigerung und Optimierung der Kosten, ohne die betroffenen Menschen aus den Augen zu verlieren. Diesen Anträgen stimmen wir gerne und guten Gewissens zu!

Die Erhöhung der Zuschüsse für die KoKoBes und SPZ nach über 10 Jahren um 10.000 € ist allein rechnerisch völlig nachvollziehbar.

Die Erprobung von Peer-Beratungen und „Hometreatment-Modellen“ in verschiedenen Bereichen gibt Sinn, sind sie sowohl im Hinblick auf die Lebenssituation der Menschen als auch unter finanziellen Gesichtspunkten nachhaltig.

Insbesondere der Antrag hinsichtlich eines Positionspapiers zur schulischen Inklusion findet die 100%-ige Unterstützung der FREIEN WÄHLER. Wir haben schon immer gesagt, dass mit uns eine ideologisch motivierte, den Betroffenen aufoktroyierte 100%-Inklusion nicht machbar ist – nicht deshalb weil wir es nicht wollen, sondern weil es schlichtweg bei einem bestimmten Kreis von Menschen mit schwersten Behinderungen realistisch nicht darstellbar ist, will man diesen Menschen nicht schaden und ihren Förderbedarf nicht ignorieren. Die Lösung wird in einem „sowohl als auch“ und nicht in einem „entweder oder“ liegen.

Hierbei muss jedoch darauf geachtet werden – und diese Aufgabe fällt halt nicht in die Kompetenz der Landschaftsverbände – dass im Regelschulsystem Inklusion einen angemessenen Standard erhält. Anderenfalls werden die Förderschulen des LVR kurzfristig schlichtweg „absaufen“, weil an Regelschulen inkludierbare Kinder und Jugendliche mittels „Etikettenwechsel“ hinsichtlich der Art ihrer Behinderung in die LVR-Schulen ob ihres optimalen Angebots und Standards strömen werden. Insofern sind die Erstellung beantragten Papiers wie auch der geforderte Dialog mit der Landesregierung dringend geboten.

Auch die Befassung mit dem Thema Schulsozialarbeit gibt aus verschiedenen Aspekten Sinn.

Einen Sündenfall muss sich die GroKo jedoch vorhalten lassen:

Der Antrag „Digitalisierung und Mobilität beim LVR“ ist schon ein „Knaller“!

Zunächst einmal sucht man verzweifelt in der Koalitionsvereinbarung die im Antrag erwähnte Textpassage, um dann im Landschaftsausschuss zu erfahren, dass der „Antrag dem Geiste der damaligen Gespräche“ entsprungen ist. Sei's drum, manchmal ist es eben besser, Pöstchen-Geschacher, Kompensationsgeschäfte und Klientelpolitik nicht noch zu verschriftlichen...

Unstrittig ist sicherlich, dass die Themen Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation wichtige Zukunftsthemen sind. Nur bearbeitet sie der LVR auch schon seit Jahren auf hohem Niveau. Warum also dieser Antrag? Warum nicht zunächst ein Prüfauftrag an die Verwaltung, die bisherigen Strukturen aufzulisten, Verbesserungspotentiale aufzuzeigen und ein Konzept zu erstellen, über das es dann zu beraten und zu beschließen gilt? Warum die personaltechnische Dinge bereits beantworten und festzurren, bevor Inhalte und Strukturen, ob sich zukünftig ein Dezernent um den Einkauf von Pedelecs kümmert, überhaupt formuliert sind?

Liebe Kollegen der GroKo, bitte werdet trotz guter finanzieller Eckdaten in Eurer Selbstbedienungsmentalität nicht überflüssig: Die Stadt Köln ist hinsichtlich ihrer „Personalpolitik“ – auch ein Eckpfeiler des Kölschen Klüngel – schon legendär. Nach Befriedigung der Wünsche aller Beteiligten kommt Köln jedoch mit 8 Spitzenpositionen aus, Essen bescheidet sich gar mit 6, aber der LVR will mit dann 10 Positionen NRW-weit den Vogel abschießen.

Insofern werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung verweigern.

Dem Antrag der Grünen auf Verkauf der RWE-Aktien stimmen wir ebenfalls nicht zu, da dieser Prozess bereits in Arbeit ist, man bei den Grünen aber in Bezug auf das RWE nie weiß, ob ihre Anträge dazu sach- der ideologiegeleitet sind.

Die Überprüfung der Optimierung von Kennzahlen, ebenfalls ein Antrag der Grünen, sollte aus unserer Sicht im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/21 erfolgen, da sich dort Zuständigkeit und Strukturen nachhaltig ändern werden.

Die Finanzierung der Dauerausstellung im RIM Oberhausen stimmen wir ebenfalls nicht zu, das wir zu diesem RIM eine insgesamt andere Sichtweise haben.

Nichtsdestotrotz stimmt die Fraktion FREIE WÄHLER dem Gesamthaushalt 2019 seinen Anlagen und dem Stellenplan zu!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Sperrfrist: Ende der Rede Sitzung Landschaftsversammlung 08.10.2018